

Einfluss haught, während die Ausfuhr sich wieder belebt. Auch diese Vorgänge sind in der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung mehr oder weniger deutlich zu bemerken. Der Konjunkturfortschritt zeigt sich vorwiegend in der Textilindustrie. In der Textilindustrie ist die Produktion außerordentlich niedrig und als Folge davon die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch. Auf der anderen Seite steht aber die Flüssigkeit des Geldmarktes, was für die Wirtschaft eine große Erleichterung bedeutet. Auch auf dem Anlagemarkt zeigt sich eine beginnende Entspannung. Die festverzinslichen Papiere, besonders die Pfandbriefe, weisen eine bemerkenswerte Aufwärtsbewegung auf. Der Rückgang der Aktienkurse ist zum Stillstand gekommen und hat ebenfalls in den letzten Monaten einer leichten Steigerung Platz gemacht.

Mit Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß gerade diese Vorzeichen während eines Konjunkturrückganges nicht zu beobachten sind und daß man sie im Hinblick auf die weitere Entwicklung als günstig ansehen kann. Das allgemeine, trübliche Urteil wird dahin zusammengefaßt, daß der bisherige Konjunkturverlauf zu Ende, der Tiefstand der wirtschaftlichen Tätigkeit, im ganzen betrachtet, also erreicht ist. Es soll nun mindestens keine weitere wesentliche Verschlechterung eintreten, sondern nur ein Umschwung nach oben zu erwarten sein. Die Feststellung, daß die Wirtschaft sich in einem Depressionszustand befindet, berechtigt also zu gewissen Optimierungen auf eine in absehbarer Zeit eintretende Besserung der Wirtschaftslage, von der allerdings der Zeitpunkt ihres Beginns nicht feststeht.

Alles kommt nun darauf an, daß die ihren eigenen Gelehen gehorchenden Wirtschaftskräfte, wenn sie von innen heraus auf eine Besserung der Zustände hinarbeiten, nicht

von außen her durch falsche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik gehindert werden. Die Reichsregierung hat in ihren letzten Beratungen Beschlüsse zur Belebung der Wirtschaft durch Arbeitsaufträge aller von ihr abhängigen Stellen gefaßt, die der Wirtschaftsentwicklung nur förderlich sein können. Von der Kapitalseite der Wirtschaft muß man als selbstverständlich voraussetzen, daß sie alles tut und nicht unterläßt, um das Stadium der Depression nach Möglichkeit abzukürzen und in die Phase des Aufschwungs überzuleiten. Und die Arbeitseite müßte im wohlverstandenen eigentlichen Interesse nur das gleiche Ziel im Auge haben. Darum ist die gefährlichste Bedrohung des Konjunkturverlaufes die in der marxistischen Presse beider Richtungen erneut auftauchende Stimmungsmache für Lohnbewegungen aus politischen Gründen. Wirtschaftliche Gründe können diesmal nicht vorgeschoben werden, weil ja der Aufwand für den Lebensunterhalt, wenn auch nur in bescheidenem Umfang, gesunken, der Reallohn also gestiegen ist. Aber es scheint so, als ob Lohnkämpfe von den Sozialisten und Kommunisten vom Janne gebrochen werden sollten, nur damit die eine Partei hinter der anderen agitatorisch nicht zurückzutreten braucht.

Für die Arbeiterschaft würde damit bestimmt nichts erreicht; denn auch nach einem erfolgreichen Lohnkampf wäre der Markt in ihrer Kaufkraft bestimmt weniger wert als vorher. Für die Wirtschaft aber wären die Folgen verhängnisvoll. Sie braucht jetzt wie ein kranker Ruhe, Schonung und Pflege, um den Höhepunkt der Krise zu überleben, wieder Kräfte sammeln und mehr Arbeit spenden zu können. Das ist zur Zeit die beste Wirtschafts- und zugleich die beste Sozialpolitik.

Keiner hat mehr Verständnis als ich für die große Aufgabe der Völkerverständigung, in deren Werk nach der Befreiung unsere Jugend ergehen wird. Dieser Gedanke findet aber seine natürliche Grenze am Selbstbehaltungswillen und Wehrwillen der Nation. Beim Panzerkrieg A haben wir gezeigt, daß trotz der uns auferlegten Beschränkung auf 100.000 Mann aus einer ungenügenden Dummheit eine Mangel gemacht werden kann. Der Welt läßt sich eben nicht in Fesseln schlagen.

Unsere Flotte bildet eine wertvollere Ergänzung der Landstreitkräfte. Wenn wir den Bau von Schiffen unterlassen, können wir dafür nicht einen Soldaten mehr einstellen. Als im vorigen Jahre die Streikbewegungen arbeitete, habe ich meine Zustimmung zu den großen Streikungen nur unter der Voraussetzung gegeben, daß in diesem Jahre die Mittel erhöht würden. Das wurde protokolllarisch festgelegt, und der sozialdemokratische Minister Dr. Gilsberg war dabei. (Heiterkeit.) Der von französischer Seite erhobene Vorwurf, die Höhe unseres Wehrhaushaltes sei besorgniserregend, läßt sich leicht widerlegen.

Der diesjährige Wehrhaushalt bleibt um 30 Millionen zurück hinter dem Budget des Normaljahres 1928. Die Mehrausgaben im diesjährigen französischen Deeresetat sind dagegen so hoch, wie unter ganzer Wehrmacht.

Ich kann also dem Urteil der Welt die Entscheidung darüber überlassen, ob der französische Vorwurf berechtigt ist. Das betrübendste an diesen Vorwürfen ist für mich die Tatsache, daß das Ausland seine Wissenschaft aus deutschen Zeitungsartikeln und Broschüren schöpft. Der Minister geht dann auf Einzelfragen ein und erklärt zum Schluß: Den Ausführungen des Abg. v. Lindener, die mir aus dem Herzen gesprochen waren, kann ich vollkommen zustimmen. Wir brauchen eine überparteiliche Plattform für unsere Wehrmacht.

Abg. Ritter v. Epp (Nassau) erklärt, daß gerade die Nationalsozialisten für die Aufrechterhaltung des Wehrwillens eintreten. Dem Wehrminister spreche seine Partei das schärfste Mißtrauen aus. Der Wehrminister habe nationalsozialistische Offiziere mittellos auf die Straße geworfen, obwohl sie nicht im geringsten vaterlandsfeindliche Akte begangen hätten. Abg. Künzler (Soz.) verlangt Auskunft über die Arier Munitionslieferungen, über die sich das Wehrministerium anscheinend ausschweigen wolle. Abg. v. Troilo begründet deutschnationalen Anträge auf Erhöhung einzelner Titel des Wehrhaushaltes.

Reichswehrminister Gröner bezeugte die Ausführungen des Abg. Künzler als unerhört. Künzler urteilte ohne die Kenntnis seiner, des Redners, Bemühungen und Beweggründe und greife in ein noch schwebendes Verfahren ein. Der Minister stellt fest, daß das gerichtliche Verfahren bis zum letzten Instanz durchgeführt werde. Gegen jeden etwaigen Schuldspruch der Wehrmacht werde er rückförsig einschreiten. Die Behauptung, daß das Verfahren vom Wehrministerium verschleppt worden sei, wolle er auf das allerhöchste zurück. Das Gegenteil ist richtig. Das Verhalten des Abg. Künzler als eines Mitgliedes einer bisherigen Regierungspartei sei der Gipfel der Verantwortungslösigkeit. (Lärm und Zwischenrufe bei den Soz.)

In einer persönlichen Bemerkung nennt Abg. Künzler (Soz.) das Auftreten des Wehrministers unerhört. (1) Wenn der Minister im Ausschuss geantwortet hätte, wäre das Mißverständnis vermieden worden. — Die Weiterberatung wird dann auf Freitag nachmittag vertagt.

Wehrdebatte im Reichstag

Vertrauensfundgebung für Gröner und für die deutsche Wehrmacht

Berlin, 22. Mai. In der Donnerstagssitzung des Reichstags wurde die zweite Beratung des Reichswehrgesetzes fortgesetzt.

Abg. Brüninghaus (D.S.) begrüßt die gestrigen programmatischen Ausführungen des Reichswehrministers. Glücklicherweise sind die Zeiten vorüber, in denen die alte Armee hinachelt wurde als eine veraltete Organisation, die nur aufgebaut war auf Kalkül und Kadavergehorsam. Aus der alten Armee haben wir in die neue Reichswehr übernommen den kategorischen Imperativ der Pflicht, die Treue, Disziplin, Manneszucht und Selbstaufopferung. Soldatenmishandlungen verurteilen wir mit größter Schärfe. Es kann sich dabei immer nur um bedauerliche Einzelfälle handeln. Die Zahl der Selbstmorde in der Reichswehr hat in erheblicher Weise abgenommen.

Zum Vergleich mit dem deutschen Reichswehrgeschäftigen, der jährlich 4900 Mark kostet, kann nur der englische Soldat herangezogen werden, und der kostet jährlich 6000 Mark.

Die sozialdemokratischen Streikungsanträge lehnen wir ab. Der Wehretat ist so spärlich aufgestellt, daß wir nur mit schwerem Herzen den Antrag der Regierungsparteien unterschrieben haben, der bei den einmaligen Ausgaben verschiedene Abstriche macht. Diese Abstriche aber, die nicht nur die Wehrmacht betreffen, gefährden nicht die Schlagfertigkeit unserer Reichswehr. Mit dem Wehrminister sind wir der Meinung, daß der Geist der Wehrhaftigkeit in unserem Volke und in unserer Jugend nachwachsalten werden muß. Wir können in dieser Beziehung von Frankreich lernen.

Das hysterische Geschrei der französischen Presse über gezielte deutsche Missionen ist unüberhörbar, denn die französischen Militärs wissen genau, wie falsch diese Behauptungen sind. Die jetzt von den französischen Befehlshabern vorgenommenen sinnlosen Verhöre deutscher Flugzeugabteilungen sind zwar nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages zulässig, sie sind aber auch moralische Verpflichtungen im Verkehr der Völker untereinander. Dadurch können nicht jene Befehle der Sympathie verhängt werden, die Briand braucht, wenn er seine Paneuropapläne verwirklichen will. (Beifall.) Wenn er dem

Geräte über Beziehungen von Reichswehrstellen zu Sowjetstellen

etwas Wahres wäre, dann hätte doch der sozialdemokratische Reichskanzler Müller dagegen einschreiten können. Bei uns hat es Belieben erregt, daß eine so große Zahl von Sowjetoffizieren an den Übungen unserer Reichswehr teilnimmt. Die aus der Reichswehr auscheidenden Leute sollten in größerem Umfange als Siedler im Osten untergebracht werden.

Abg. Fr. Kütz (Dem.) weist darauf hin, daß die Reichswehr eine staatsnotwendige Einrichtung sei, die außenpolitisch und innenpolitisch nicht entbehrt werden könne. Der große und sittliche Gedanke der Friedensbestrebungen sei, die Idee des Rechts zum ethischen Gesetz im Zusammenleben der Völker zu erheben. Die demokratische Partei fördert dieses große Menschheitsziel mit aller Kraft, aber sie verkennt doch nicht, daß bis zur Erreichung dieses Zieles ein langer und mühsamer Weg zurückzuliegen sein wird. Solange dieser Weg nicht zurückgelegt ist, kann auch Deutschland aus Gründen der Selbstbehaltung nicht jeder bewaffneten Macht entbehren. Auch innenpolitisch ist die Wehrmacht nicht entbehrlich. Um dies zu erkennen, genügt die Tatsache, daß der staatsrechtliche Nationalismus rechts und links in der Reichswehr heimzeln zu schaffen sich bemüht. Die Arbeit des Wehrministers, einen stabilen Wehretat zu schaffen, ist zu begrüßen, aber das finanzielle Niveau muß dann niedriger sein als das des jetzigen Etats.

Abg. Franzos (Wirtschaftsp.) bezeichnet es als notwendig, in der deutschen Wehrmacht

alle Möglichkeiten auszunutzen, die der Versailler Vertrag uns gelassen hat.

Das 100.000-Mann-Heer könne niemals eine Angriffswaffe sein, sondern nur ein Verteidigungsmittel.

Anschließend der vollständigen Abrüstung Deutschlands müßten wir fragen, wo die versprochene Abrüstung bei den anderen Mächten bleibt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird verschärft dadurch, daß die 600.000 Mann, um die unser Heer gegenüber der alten Armee vermindert worden ist, jetzt den Arbeitsmarkt belasten.

Abg. v. Lindener-Wildau (Christl.-Nat.) beim Wehretat zeigt sich deutlich, daß das Deutsche Reich noch immer nicht im Vollbesitz seiner Souveränität ist. Der Rahmen der deutschen Wehrmacht ist durch den Versailler Vertrag wesentlich enger gezogen, als wie es die deutschen Sozialdemokraten in der Fortschrittlichkeit in ihrem Programm gefordert haben. Wir sind gezwungen, ein Heer zu halten, obwohl dieser Begriff der deutschen Art wesentlich ist.

Wir verabschieden uns nicht dem Gedanken, daß es wünschenswert wäre, durch überstaatliche Schiedsinstanzen die Weikel des Krieges aus den Auseinandersetzungen der Nationen auszuscheiden. Zu den jetzt bestehenden überstaatlichen Instanzen haben wir aber nicht das Vertrauen, daß sie in Streitfällen eine gerechte Entscheidung ohne Ansehen des Meeres treffen und durchführen würden. Es kann vielleicht einmal der Zeitpunkt kommen, wo der Gedanke des Nichts um Neutralität der Völkerverhältnisse wird. Heute aber sind wir von diesem Idealstand noch weit entfernt. Auch die Sozialdemokraten sollten sich zu dem Grundgesetz bekennen, daß die Möglichkeiten des Versailler Vertrages in der Wehrmacht ausgeschöpft werden müssen. Der Sozialdemokrat Kocke hat als Wehrminister mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung des 200.000-Mann-Heeres gekämpft.

Das neue Panzerschiff brauchen wir, um in Konfliktsfällen die Verbindung mit Ostpreußen auf der Ostsee zu sichern. Diese Ausgabe gehört zum Diszibilsprogramm. Wir würden es begrüßen, wenn durch die Annahme eines Marineerweiterungsprogramms diese Dinge dem alljährlichen Streit der Parteien entzogen würden.

Reichswehrminister Gröner:

Meine Bemerkung über den Völkerverbund hat der Abg. Schöpslin spöttisch gefunden; ich habe aber damit lediglich eine positive Tatsache festgestellt. Es wäre sinnlos und verbrecherisch, unsere 10 Divisionen zum Angriff gegen irgend-einen unserer Nachbarn zu verwenden. Wir müssen aber in den Grenzen des Versailler Vertrages alles tun, um unsere Streitkräfte so nutzbar zu machen, daß sie ein Hindernis für jede fremde Streitmacht bedeuten, deutschen Boden zu besetzen. Das ist der einzige Weg, unsere Neutralität zu wahren.

Wir hoffen, daß unsere Streitmacht im Ernstfalle ausreichen wird, um einen Angriff solange abzuwehren, bis die überstaatlichen Instanzen des Völkerverbundes die Möglichkeit zum Eingreifen haben.

Wie lange noch ein rotes Preußen?

Braun beleidigt den Staatsgerichtshof in Leipzig

Berlin, 22. Mai. Im Preussischen Landtag nahm Ministerpräsident Braun bei der dritten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums auf Grund einer deutschnationalen Interpellation gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Frage der Haltung der Beamten zum Volksbegehren Stellung. Er betonte, die Klage der deutschnationalen Landtagsfraktion hätte der Staatsgerichtshof von vornherein abweisen müssen, da nach der geltenden Rechtsauffassung nur an der Gesetzgebung beteiligte Organe, nicht einzelne Personen oder Personengruppen, berechtigt seien, beim Staatsgerichtshof Verfassungsstreitigkeiten anhängig zu machen. Es müsse auch beachtet werden, daß die ganze Klage sich gegen eine Ministerrede richtete, die den Beamten amtlich zur Kenntnis gebracht war. Es würde zu ganz unmöglichen Folgerungen führen, wenn der Staatsgerichtshof sich als Zensurbehörde über Reden, die die Minister im Parlament hielten, aufzum wolle. Es liege aber nun einmal im Streben des Staatsgerichtshofes, mangels jeder gezielter Ungenauigkeit seiner Zuständigkeit, diese in weitestgehendem Maße auszudehnen.

Man könne sich der Vermutung nicht ganz entziehen, daß der Staatsgerichtshof sich bei dieser Entscheidung mehr von dem Gesichtspunkt politischer Zweckmäßigkeit als von Rechtsstandpunkte habe leiten lassen.

Uebersaus bedenklich sei auch der materielle Inhalt der Entscheidung, daß die Beamten sich ohne Rücksicht auf den Inhalt eines zugelassenen Volksbegehrens stets einzugehen dürften. Das müßte zu einer völligen Untergrabung der für eine geordnete Staatsverwaltung unerlässlichen Disziplin der Beamenschaft führen. Da die Staatsregierung also erhebliche Bedenken gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes habe, sei sie nicht nur berechtigt, sondern im Interesse der Wahrung einer geordneten Staatsverwaltung geradezu verpflichtet, den eingeleiteten Verfahren ihren Fortgang zu geben.

Diese Stellungnahme gegen das Leipziger Urteil ist wiederholt Braun. Was dem Preussensaren nicht ins sozialistische Konzept paßt, das wird heruntergerissen und wenn es der Spruch des höchsten Gerichtes ist. Unerhört ist es, daß der preussische Ministerpräsident, der sich bei seinem Terror gegen die rechtsstehenden Beamten selbst ganz offenkundig von parteipolitischen und verfassungswidrigen Motiven hat leiten lassen, nun einfach den Spieß umdreht und den Mitgliedern des Reichsgerichts eigenmächtige Ziele bei seiner Urteilsfindung unterwirft. Die Leipziger Richter werden sich gegen diesen mit parlamentarischen Ausdrücken nicht mehr zu kennzeichnenden Vorwurf wohl selbst zur Wehr setzen und sich auch weiterhin durch noch so grobschlächtige Angriffe nicht abhalten lassen, nach dem Gesetz und nach ihrem Gewissen zu urteilen.

Deutschnationale Kampfanlage

Berlin, 22. Mai. Im Preussischen Landtag gab namens der deutschnationalen Fraktion Abg. Steinhoff nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten Dr. Braun eine Erklärung ab, die eine verhärtete Kampfanlage gegen die preussische Staatsregierung enthält. Es heißt darin, daß das in jahrelanger Beobachtung erwachsene Mißtrauen der deutschnationalen Fraktion gegen den Ministerpräsidenten durch dessen Ausführungen nur noch verstärkt worden sei. Nach einer Aufzählung der politischen Vorgänge, die dieses Mißtrauen hervorgerufen und gestärkt hätten, kommt die Erklärung zu dem Schluß:

daß die deutschnationale Fraktion die Bewilligung des Ministerpräsidentengehaltes ablehnen würde.

Die Auflösung des Landtages mit Hilfe des Antrages der Wirtschaftspartei sei nicht möglich gewesen, und auch die erschwerten Bedingungen für ein Mißtrauensvotum seien nicht zu erfüllen. Deshalb müsse sich die deutschnationale Fraktion mit verschärfter Opposition durch Ablehnung des Haushalts begnügen und werde überdies auch die von der Regierung beabsichtigte Grundsteuererhöhung ablehnen. Zur Frage der Umbildung der preussischen Regierung wird ausgeführt, daß die deutschnationale Fraktion nicht an eine ernsthafte Verwirklichung des Zentrums glaube, sich von der Sozialdemokratie zu trennen. Die Deutschnationalen seien zu gemeinsamer politischer Arbeit mit jeder Fraktion bereit, die zur rücksichtslosen Umstellung des gegenwärtigen Systems ernsthafte Entschlossenheit sei.

Auch die Wirtschaftspartei gegen Braun

Berlin, 22. Mai. Im Rahmen der Haushaltsberatung gab am Donnerstag im Preussischen Landtag der Wehrminister der Wirtschaftspartei, Kahr, die Erklärung ab, seine Partei sei jederzeit gern bereit, die Verantwortung für eine Politik der Wiederaufrichtung der Wirtschaft und des Mittelstandes zu übernehmen. Deshalb sei sie auch im Reich, nachdem dort der verhängnisvolle Einfluß der Sozialdemokratie ausgeschaltet worden sei, in ein rein bürgerliches Kabinett einzutreten.

Dieser Versuch einer bürgerlichen Regierung im Reich bedürfe der nachdrücklichsten Unterstützung durch eine entsprechende Politik in Preußen.

Eine Regierung, in der die Sozialdemokratische Diktatur, sei nicht geeignet, die auf Kosten der gesamten Wirtschaft und besonders des Mittelstandes betriebene ungeheure Wirtschaft der letzten Jahre zu befestigen, der öffentlichen Verschwendung und Steuerandspaltung der Staatsbürger Einhalt zu gebieten und die Korruption abzustellen. Nach wie vor sei deshalb das eindringliche Ziel der Wirtschaftspartei, die letzte sozialistische Regierung in Preußen so schnell wie möglich durch eine bürgerliche zu ersetzen. Nach wie vor werde sie von jedem verfassungsmäßigen Mittel, das diesem Ziele näherführe, den größtmöglichen Gebrauch machen. Die Sprache der Regierung Braun ist schärfstes Mißtrauen aus.

Auch die Demokraten für Feme-Amnestie

Berlin, 22. Mai. (Sta. Drahtmeldung.) Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich am Donnerstag in einer Fraktionsbesprechung mit der Frage der Amnestie befaßt und ist dabei zu dem Entschluß gekommen, den von den andern Regierungsparteien vorgeschlagenen Amnestieantrag, der auch die Zustimmung des Zentrums gefunden hat, zu unterstützen. Wahrend für den Entschluß der Demokraten war, wie parteipolitisch erklärt wird, die Tatsache, daß in dem befestigten Gebiet von allen Parteien im Interesse der Befriedigung innerhalb der Bevölkerung eine Amnestie für alle im Zusammenhang mit den politischen Wirren begangenen Delikte gefordert wird. Da nach dem Daager Abkommen die Separatisten fraktion ausgehen müssen, hielt man es bei der demokratischen Fraktion für eine Forderung der Gerechtigkeit, daß auch die Fremden in die Amnestie einbezogen werden. Der Antrag der Regierungsparteien schließt auch die linksradikalen, soweit sie sich politisch vergangen haben, in die Amnestie ein.

Eigene Liste der Christlich-Sozialen zur nächsten Landtagswahl

Chemnitz, 22. Mai. Der Landesvorstand des Christlich-Sozialen Volksdienstes hat in seiner Sitzung vom 22. Mai in Chemnitz nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, sich an den kommenden Landtagswahlen mit einem selbständigen Wahlvorschlag zu beteiligen.